

## Chronik

Der Anteil der Orthodoxen in den verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen des ÖRK soll möglichst noch in diesem Jahr von 16,8 auf 19% angehoben werden. Das ist das Ergebnis von Besuchen des Generalsekretärs des ÖRK, Emilio Castro, in Istanbul und Athen im Frühjahr 1985.

Bei einer Tagung des Bischofrates der Methodistischen Kirchen Lateinamerikas Mitte Mai in Buenos Aires wurde eine Stellungnahme verabschiedet, nach der die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt prüfen sollten, ob sie die Rückzahlung ihrer Schulden ganz oder teilweise einstellen. Um die Situation zu ändern und die jahrhundertalte Ausbeutung der Naturschätze und der Arbeitskraft der Menschen auszugleichen, sei eine neue Weltwirtschaftsordnung dringend erforderlich.

Als weitreichenden ökumenischen Schritt hat die katholische Bischofskonferenz von England und Wales den Abschlußbericht der internationalen anglikanisch/römisch-katholischen Dialogkommission (ARCIC) bezeichnet. Gleichzeitig wird jedoch auf vier Probleme hingewiesen, von denen zwei als „schwerwiegend“ bezeichnet werden – die innerhalb der Anglikanischen Gemeinschaft praktizierte Frauenordination und Unklarheiten über die Rolle des Papsttums. Für die katholische Kirche sei die „Präsenz eines universalen Primates absolut notwendig“.

Jeder Indonesier muß sich einer der staatlich anerkannten Religionen des Landes anschließen. Atheismus ist nicht erlaubt. Darauf wurde durch den Erziehungsminister hingewiesen, als er neue Aufnahmerichtlinien für die staat-

lichen Schulen vorstellte. Anerkannte Religionen sind der Islam, das Christentum, der Buddhismus (in Bali), Hinduismus und der traditionelle javanische Glaube. Ohne Zugehörigkeit zu einer dieser Religionen wird eine Aufnahme in die Schule abgelehnt.

Zu ihrer 4. Begegnung im Dialog „Das Heil in Jesus Christus und die Heilung der Welt“ trafen sich vom 6.–11. Mai im Kloster Techirghiol bei Constanza Vertreter der Rumänischen Orthodoxen Kirche und der EKD.

Eine Stellungnahme zu den Konvergenzerklärungen von Lima und ein Wort zum 40. Jahrestag des Kriegsendes verabschiedete im März die Synode des Distrikts Bad Boll der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität, an der Synodale aus der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und der Bundesrepublik teilnahmen. Breiten Raum beanspruchte die Erörterung einer neuen Kirchenordnung, die 1986 gemeinsam mit der Synode des Distrikts Herrnhut/DDR verabschiedet werden soll. Ein Antrag, eheähnliche Formen des Zusammenlebens zu mißbilligen, fand keine Mehrheit.

Mit Drei-Viertel-Mehrheit bestätigten die 554 Abgeordneten der im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden zusammengeschlossenen 370 selbständigen Gemeinden die Zugehörigkeit ihres Bundes zur Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) als Vollmitglied. Von fundamentalistischer bzw. extrem kongregationalistischer Seite aus war beantragt worden, die Mitgliedschaft in der ACK vor allem wegen deren Partnerschaft

zum ÖRK als „angeschlossener Rat“ ganz zu beenden oder wenigstens auf ein Gastverhältnis zurückzustufen.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen traf am 29. April zu einem zweiten offiziellen Gespräch mit Vertretern des Rates der EKD zusammen. Dabei ging es um die Mitarbeit von Angehörigen der Freikirchen im Diakonischen Werk und bei der Erteilung von evangelischem Religionsunterricht. Die Freikirchen stellten fest, daß sie keine neuen Mitglieder bei anderen Kirchen werben, sondern diejenigen evangelisieren wollen, „die in keiner Glaubensverbindung zu Christus stehen“. Die Revision der Luther-Bibel von 1984 wurde lobend erwähnt und ihr Gebrauch im Gottesdienst empfohlen.

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR luden zwischen 8. und 10. Mai zu zentralen kirchlichen Gedenkveranstaltungen in Berlin und Brandenburg/Havel ein. Zu den Feiern waren ökumenische Gäste aus den Ländern eingeladen, „mit denen

der DDR-Kirchenbund in einem ständigen Friedensdialog steht“. Im Gegensatz dazu kam in der Bundesrepublik eine Mitwirkung der ACK am ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom nicht zustande.

„Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ ist der Titel eines geistlichen Wortes des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur Schöpfungsverantwortung, die Ende Mai in Bonn der Öffentlichkeit übergeben wurde. Bischof Karl Lehmann/Mainz bezeichnete dabei die Erklärung als den „Katechismus einer neuen ökologischen Moral“. Gleichzeitig veröffentlichte der Theologische Ausschuß der VELKD ein Wort „Schöpfungsverantwortung und Umweltverantwortung“.

„Mariologie und Feminismus“ lautete das Thema der Konfessionskundler-Tagung im März 1985 in Bensheim. Referenten waren Prof. Eberhard Wölfel/Kiel, Prof. Catharina Halckes/Nimwegen und der griech.-orth. Religionssoziologe Prof. Demosthenes Savramis.

## Von Personen

Mit Wilfried Bosch, bisher Erzdekan der Londoner Diözese Southwark und nun zum neuen Weihbischof von Croydon designiert, wird es in der Kirche von England erstmals einen schwarzen Bischof geben. Bosch war Moderator des Antirassismus-Programms des ÖRK.

Zum Präses der neu konstituierten Synode der EKD wurde der frühere Bundesminister Jürgen Schmude (SPD) im 1. Wahlgang gewählt. Der bisherige Präses Cornelius von Heyl

hatte nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidiert. Der Präses der Synode ist kraft Amtes auch Mitglied im Rat der EKD.

Dekan Dr. Sigisbert Kraft (Karlsruhe) wurde am Pfingstmontag in Offenburg von der Synode des Bistums der Alt-Katholiken zum Bischof-Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge von Bischof Josef Brinkhues gewählt.

Klaus Schwarz, bisher Gemeindepfarrer in Württemberg und Mitglied der Gemischten Kommission zwischen